

Schaft. Sie ist ein Hort des Friedens in Europa. In der Bundesrepublik spült die Welle des Nationalismus und Antikommunismus einen neuen Nazismus nach oben, volksfeindlich, friedensfeindlich und menschenfeindlich. Von ihr gehen die Gefahren für den Frieden in Europa aus.

Die westdeutschen Konzerne haben ihre Expansionspläne zum Regierungsprogramm gemacht. Die Partei des Monopolkapitals, die CDU/CSU, hat sozialdemokratische Minister in die Regierung geholt, um mit ihrer Hilfe den alten Kurs mit raffinierteren und damit gefährlicheren Methoden fortzusetzen. Während Kiesinger die Politik bestimmt und Strauß immer mehr zum starken Mann wird, haben die sozialdemokratischen Minister die Aufgabe, die Massen zum Stillhalten zu bringen, die Gewerkschaften unter Druck zu setzen, um durch Abbau des Lebensstandards und der Volksrechte mehr Mittel und mehr Spielraum für die imperialistische Machtpolitik zu gewinnen.

Aber gibt es nicht doch neue Töne aus Bonn? Neue Töne wohl. Wie aber steht es mit neuen Taten? Wie vereinbaren sich die schönen Worte „Entspannung“, „menschliche Erleichterungen“, „neue Ostpolitik“ mit der Hetze gegen einen Atomwaffensperrvertrag, mit der versteiften Alleinvertretungsmaßnahme, mit der Weigerung, die Oder-Neiße-Grenze und die Rechtswidrigkeit des Münchener Abkommens anzuerkennen? Die wütenden Angriffe gegen den Status quo in Europa bestätigen: Bonn verfolgt weiter den Plan der „europäischen Neuordnung“, das heißt der Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus über Europa. So aussichtslos wie dieses alte Gesamtprogramm ist auch der neue Versuch, es Stück um Stück, beginnend mit der Isolierung und dann der Einverleibung der DDR, durchzuführen. Daraus wird nichts. Das unterstreichen die Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, die die DDR mit der Sowjetunion, Polen und der CSSR abgeschlossen hat. Sie erhärten, was wir der Lüge von „Grenzveränderungen mit friedlichen Mitteln“ stets entgegenhalten: Wer die Grenzen in Europa antastet, macht Krieg.

Um diese Gefahr von unserem Volk und von unserem Kontinent abzuwenden, treten wir für ein europäisches Sicherheitssystem ein. Kern jeder Sicherheitspolitik in Europa ist die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten, der staatlichen Souveränität und der Grenzen der DDR. Nur so gibt es ein friedliches Neben- und Miteinanderleben der Deutschen in beiden deutschen Staaten. Was immer dafür zu regeln ist, erfordert Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen.

Die auf den Frieden und das nationale Interesse aller Deutschen gericht-